

Der Krieg wurde aus der Mitte der Gesellschaft mitgetragen

Erklärung des Präsidiums von pax christi zum 1. September 2009, dem 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges

Am 1. September 2009 jährt sich zum 70. Mal der Überfall Deutschlands auf Polen und damit der Beginn des Zweiten Weltkrieges in Europa. Mit diesem Tag begann ein Krieg, der von Beginn an als Eroberungs- und Vernichtungskrieg geplant und durchgeführt wurde. Der Jahrestag des Kriegsbeginns erinnert uns an 60 Millionen Tote, die bis zum Ende des Krieges als Soldaten und Zivilisten zu seinen Opfern wurden, an die Ermordung von 6 Millionen Juden, die hinter den Frontlinien des Krieges bis zur industriellen Vernichtung perfektioniert wurde, die Verschleppung von Zwangsarbeitern und die oftmals tödliche Gewalt gegen Kriegsgefangene vor allem aus Osteuropa, die millionenfachen Vertreibungen, die den Menschen ihren Besitz und ihre Heimat nahmen, die Zerstörung zahlreicher Städte und Landschaften.

Der 70. Jahrestag des Zweiten Weltkriegs verweist auf ein bisher in der Geschichte der Menschheit einmaliges Ausmaß an Vernichtung menschlichen Lebens, sozialer und ökonomischer Lebensverhältnisse sowie kultureller und religiöser Grundlagen. Es besteht daher zu jeder Zeit und in jeder Generation neu die Verpflichtung zur Erinnerung an dieses Ereignis, damit die Weltgemeinschaft zu einem Miteinander findet, das sie auf Dauer vor einer Wiederholung dieser Tragödie bewahrt. Denn die deutsche wie die internationale Politik, die Weltreligionen und Kirchen sowie die gesamte Zivilgesellschaft – alle gemeinsam sind verantwortlich für den Frieden in der Welt.

Erinnerungen aus der Perspektive der Opfer und aus der Perspektive der Verursacher eines Krieges stellen sich unterschiedlich dar. Die deutsche Perspektive der Erinnerung an den 70. Jahrestag des Kriegsbeginns ist und bleibt durch die Tatsache geprägt, dass dieser Krieg von Deutschland ausging und erst durch den Sieg der alliierten Streitkräfte und eine militärische Kapitulation Deutschlands ein Ende fand. Die Gesellschaft selbst fand keinen Weg, von innen heraus den Krieg zu beenden. Die immer zu aktualisierende Erinnerung daran mahnt die deutsche Gesellschaft zu ihrer besonderen Verantwortung für eine friedlich gestaltete Völkergemeinschaft.

Gleichschaltung im Inneren, Rassenideologie und Feindbilder waren die Voraussetzungen dafür, dass dieser Krieg über Jahre systematisch geplant und vorbereitet werden konnte. Sein Ziel war die Eroberung, Unterwerfung und Ausbeutung vor allem der Länder Osteuropas und eine absolute Vorherrschaft Deutschlands. Eine zivilisierte deutsche Gesellschaft ließ sich total für einen Krieg mobilisieren und wurde zu jenen Taten fähig, die als Verbrechen gegen die Menschlichkeit erkennbar waren und bekannt bleiben müssen. Wenn auch die Gesellschaft mehrheitlich den Krieg nicht gewollt haben mag, so wurde sie auch nicht blind und gleichsam ohnmächtig zu ihm gezwungen. Es gehört zu dieser zivilisatorischen Katastrophe, dass der Krieg aus der Mitte einer aufgeklärten Gesellschaft

heraus mitgetragen oder zumindest durch Schweigen und Hinnahmehbereitschaft großer Teile der Gesellschaft ermöglicht und begünstigt wurde.

Die zahlreichen Formen des Widerstands gegen den Krieg, die es trotz dieser Zustimmung und Duldung quer durch alle gesellschaftlichen Schichten und Institutionen gab, konnten die Kriegsmaschinerie nicht aufhalten. Allen voran ist das Zeugnis der nahezu fünfzigtausend Kriegsdienstverweigerer und Wehrmachtsdeserteure zu würdigen, die durch ihr Handeln ein individuelles Nein zum Krieg sagten und dafür mehrheitlich mit ihrem Leben bezahlen mussten. Aber auch Gruppierungen wie der Kreisauer Kreis, in dem sich Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammenfanden, um die nationalsozialistische Diktatur zu stürzen und den Krieg zu beenden, vermochten es nicht, das Regime entscheidend zu schwächen. Ihnen allen fehlte der Rückhalt in der Gesellschaft, ohne die keine Widerstandsmacht aufgebaut werden konnte. So gelang es dem nationalsozialistischen Regime, die Kriegsdienstverweigerer ebenso wie die Angehörigen von Widerstandskreisen gesellschaftlich zu isolieren und sogenannte Vaterlandsverräter hinzurichten. Wenn das Zeugnis dieser Männer und Frauen heute zur generellen Entlastung der damaligen Gesellschaft herangezogen oder gar zu einem kollektiven Widerstandshandeln verfälscht wird, vollzieht sich eine gefährliche Verdrängung. Denn es bleibt die bittere Wahrheit, dass die Mehrheit der Gesellschaft den Krieg entweder aktiv mitgetragen oder schweigsam erduldet, aber kaum aktiv bekämpft hat.

Dies gilt auch für die katholische Kirche in Deutschland. Laien, Priester, Bischöfe haben in je unterschiedlicher Weise ihr Verhältnis zum Krieg eingenommen. Wir sehen glühende Befürworter, mutige Mahner, schweigende Mitläufer und Männer und Frauen, die für Widerstand und Kriegsdienstverweigerung ihr Leben gaben. Letztere waren eine Minderheit. Trotz aller internen Distanzierung vieler Bischöfe und katholischen Laien von diesem Krieg konnte ihre Haltung keine Wirkmächtigkeit entwickeln, im Gegenteil: Viele katholische Soldaten der Wehrmacht fühlten sich in ihrer Gewissensentscheidung gegenüber dem Kriegsdienst von ihrer Kirche allein gelassen; viele wurden auch von ihren Geistlichen zum Gehorsam gegenüber dem Führer ermahnt. Auch deshalb konnte der nationalsozialistische Staat die deutsche Gesellschaft bis in den totalen Krieg treiben.

Ein kritischer Blick auf das Handeln von katholischen Amtsträgern und Gläubigen während der Zeit des Krieges will sich nicht aus einer Perspektive des „Danach“ über die damals handelnden Personen erheben und zum Richter aufspielen. Vielmehr geht es darum, aus der Einsicht in die damalige Situation Lehren für das verantwortliche Handeln der Kirche in der Gesellschaft von heute zu ziehen.

Heute, 70 Jahre nach dem Überfall Deutschlands auf Polen, appelliert pax christi:

- **an den Deutschen Bundestag,**
 - die wegen so genannten „Kriegsverrats“ zum Tode verurteilten Wehrmachtssoldaten unverzüglich zu rehabilitieren

- **an die Bundesregierung,**
 - in den Beziehungen zu Polen und anderen ehemaligen Kriegsgegnern eine sensible und respektvolle Politik zu betreiben

- auf militärische Auslandseinsätze, die das Friedensgebot des Grundgesetzes unterlaufen, zu verzichten
- den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zeitnah zu beenden und stattdessen verstärkt zivile Konfliktlösungen und Aufbaumaßnahmen zu unterstützen
- die Anstrengungen zur Stärkung der Vereinten Nationen als Vermittler in Konflikten zu intensivieren
- **an die katholische Kirche,**
 - die Versöhnungsbemühungen mit den ehemaligen Kriegsgegnern nach Kräften zu unterstützen und dazu ihre kirchlichen Kontakte zu nutzen
 - ein Schreiben an die heute noch lebenden Soldaten der Wehrmacht zu verfassen, in dem der Irrtum eingeräumt wird, dem die Mehrheit der Fuldaer Bischofskonferenz damals in der Beurteilung des Zweiten Weltkrieges unterlag
 - die Konsequenz zu ziehen, die Gläubigen in Zukunft stärker in die Auseinandersetzung um das sittlich rechte Verhalten einzubeziehen
 - sich erneut kritisch mit dem Verhältnis zwischen Kirche und Staat auseinander zu setzen und die Frage zu erörtern, inwieweit ein christlich begründeter Widerstand und ziviler Ungehorsam gegenüber lebensbedrohenden Entscheidungen des Staates gerechtfertigt sein können
- **an alle Bürger/innen,**
 - die sicherheitspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung und des Parlaments stets kritisch zu beobachten und zu begleiten
 - freundschaftliche Beziehungen zu Polen und anderen Nachbarländern aufzubauen und zu pflegen und so dem Frieden zu dienen
 - die Gewissensfreiheit in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu verteidigen
 - sich aktiv Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und der Gewalt gegen ausländische Mitbürger/innen entgegenzustellen

Demokratie, Freiheit und Frieden mögen in Zukunft immer aus der Mitte der deutschen Gesellschaft heraus unterstützt werden!

Berlin, den 21. August 2009